

**Bessere Hilfe bei Gemeindefusionen**

**Baselbiet** | Verband fordert Unterstützung durch Kanton

tho. Der Verband Basellandschaftlicher Gemeinden (VBLG) fordert, dass fusionswillige Gemeinden künftig umfassend vom Kanton unterstützt werden. Bei der Frühlingstagsatzung vom vergangenen Samstag in Liestal übergab eine Delegation um VBLG-Präsidentin Nadine Jermann (Buus) den Regierungsräten Anton Lauber und Thomi Jourdan eine entsprechende Resolution. Die halbjährliche Tagsatzung dient dem Austausch zwischen Gemeinden und Regierung und bietet Raum für Erfahrungsberichte. Beispielhaft stellte der Rünenberger Gemeindepräsident Thomas Zumbrunn die laufenden Abklärungen zu einer möglichen Fusion der Gemeinden Rünenberg, Kilchberg und Zeglingen vor.

Jermann wies laut einer Mitteilung des VBLG darauf hin, dass eine rechtliche Grundlage fehle, um freiwillige Zusammenschlüsse angemessen zu begleiten. Ohne Gesetzesanpassung fehlten beim Kanton finanzielle und personelle Ressourcen für Fusionsabklärungen.

Aufgrund eines Postulats hat die Finanz- und Kirchendirektion bereits einen Entwurf für eine Landratsvorlage erarbeitet. Er sieht Fachberatung und finanzielle Zuschüsse vor, um Abklärungen und Übergangsarbeiten zu erleichtern. Details sollen später im parlamentarischen Verfahren geklärt werden.

Der VBLG bittet mit seiner Resolution nun darum, die Unterstützung bereits vor Inkrafttreten des Gesetzes bereitzustellen, damit die oben erwähnten Gemeinden rasch in die Detailplanung eintreten, konkrete Massnahmen definieren und Verzögerungen vermeiden können.

Die Finanz- und Kirchendirektion wird laut Angaben des VBLG nun prüfen, ob eine vorgezogene Hilfe möglich ist. Das Ergebnis werde sodann der Gesamtregierung vorgelegt, die über die nächsten Schritte entscheiden werde.

**Dorfanlässen gehen die Helfer aus**

**Rümlingen** | «IG Kultur» soll für Banntag oder 1.-August-Feier Personal gewinnen

In Zeiten von Mitgliederschwund und Auflösungen von Vereinen werden Dorfanlässe in Rümlingen mit einem neuen Konzept erhalten. Mithilfe einer Interessengemeinschaft sollen insbesondere junge Leute als Helferinnen und Helfer gewonnen werden.

**Sander van Riemsdijk**

Sinkende Mitgliederzahlen bei Dorfvereinen machen auch vor der 443-Einwohner-Gemeinde Rümlingen nicht Halt. Teilweise müssen Vereine wegen Überalterung und fehlendem Nachwuchs sogar aufgelöst werden – wie etwa Ende vergangenen Jahres der Schützenverein Rümlingen. «Seit einigen Jahren beobachten wir, dass das Vereinsleben in unserem Dorf einschläft», sagt Corinne Cartier, im Gemeinderat zuständig für Kultur, Freizeit, Sport und Gemeindeanlässe. «Wir haben nur noch fünf Vereine im Dorf.»

Diese Entwicklung erschwert die Organisation von Anlässen, weil es zunehmend an freiwilligen Helferinnen und Helfern fehlt. Banntag, Natur-



Das Vereinsleben in Rümlingen schläft ein – davon sind auch die Dorfanlässe betroffen.

Bilder Sander van Riemsdijk



Gemeinderätin Corinne Cartier

schutztag oder 1.-August-Feier können deshalb nicht mehr auf so viele Helferinnen und Helfer zählen wie früher. «Mit der Gründung der Interessengemeinschaft Kultur» möchte der Gemeinderat dieser Entwicklung entgegenwirken», sagt Mitinitiantin Corinne Cartier.

**Idee kommt gut an**

An einer Sitzung im Februar, zu welcher der Gemeinderat jeweils die Vereine einlädt, wurde die fehlende Unterstützung bei Dorfanlässen angesprochen. «Uns war es wichtig zu vermitteln, dass der Gemeinderat den Vereinen mit der Gründung einer IG nicht die Organisation von Anlässen abnehmen, sondern im Sinne einer Entlastung Unterstützung anbieten

möchte», erklärt die Gemeinderätin. «Ebenso wollten wir frischen Wind hineinbringen.» Die Anlässe sollen moderner werden und auch ein jüngeres Publikum ansprechen.

Ein wesentlicher Vorteil einer Interessengemeinschaft: Anders als ein Verein braucht sie keinen Vorstand und ist daher mit kleinem Aufwand zu gründen und zu organisieren. Auf einen Aufruf im Gemeindeblatt und dank erfolgreicher Mund-zu-Mund-Propaganda haben sich rund 15 Personen für eine Mitarbeit in der «IG Kultur» gemeldet.

«Angesichts der steigenden Einwohnerzahl wollen wir insbesondere Familien ansprechen und in die Organisation von Anlässen einbinden», sagt Corinne Cartier. Ziel sei es, junge

Leute schrittweise an die traditionellen Anlässe heranzuführen. Kosten fallen für die neue IG keine an; wie bisher übernimmt die Gemeinde die Auslagen für ihre Veranstaltungen.

Vorgesehen ist, dass die Interessengemeinschaft die Leitung bei Planung und Organisation übernimmt, während Mitglieder der Dorfvereine nach Möglichkeit bei der Durchführung von Anlässen mithelfen. Als erster Bewährungstest steht die Organisation der kommenden 1.-August-Feier bevor. Corinne Cartier zeigt sich zuversichtlich, dass die neuen Strukturen zum Erfolg führen werden. Gleichzeitig betont sie: «Die Dorfvereine sind in der Bevölkerung gut verankert und bleiben ein wichtiger Teil unserer Gemeinde.»

**Impressum**

**Volksstimme**  
VOLKSSTIMME – DIE ZEITUNG FÜR DAS OBERBASELBIET

Hauptstrasse 31–33, Postfach, 4450 Sissach  
Tel. 061 976 10 30, [www.volksstimme.ch](http://www.volksstimme.ch)

Erscheint: Dienstag, Donnerstag, Freitag

Normalauflage: 7000 Exemplare  
(6868 Wemf verkaufte Auflage 2023/24)

Nächste Grossauflage: 19. Juni 2025  
Auflage 35 000 (33 939 Wemf 2023/24)

Redaktion: [redaktion@volksstimme.ch](mailto:redaktion@volksstimme.ch)  
Chefredaktor: David Thommen  
Stv. Chefredaktor: Christian Horisberger  
Redaktion: Janis Erne, Melanie Frei (Volontariat), Luana Güntert, Nikolaos Schär, Peter Sennhauser, Sebastian Wirz

Herausgeberin/Verlag:  
Schaub Medien AG, Telefon 061 976 10 10,  
[verlag@schaubmedien.ch](mailto:verlag@schaubmedien.ch), [www.schaubmedien.ch](http://www.schaubmedien.ch)

Abo-Service:  
Telefon 061 976 10 70, [abo@volksstimme.ch](mailto:abo@volksstimme.ch)

Anzeigen-Service: Im Haus der «Volksstimme»  
Telefon 061 976 10 77, [ins@volksstimme.ch](mailto:ins@volksstimme.ch)

Inserate mm-Preis:  
Normalauflage 80 Rp./Spalte, schwarz-weiss  
Grossauflage 120 Rp./Spalte, schwarz-weiss  
plus Allmedia/Digital plus, zuzüglich MwSt.

Inserateschluss: Zwei Tage vor Erscheinen  
um 15 Uhr (spätere Termine auf Anfrage).

Todesanzeigen: Vortag 15 Uhr  
(bitte reservieren), Telefon 061 976 10 10

Jegliche Verwertung von in diesem Zeitungstitel veröffentlichten Texten, Bildern, Inseraten oder Teilen davon durch nicht autorisierte Dritte ist untersagt.

**CARTE BLANCHE****Gleichstellung, Kita und ein Schnellzug**

Florence Brenzikofer, Nationalrätin Grüne, Oltingen

Was für eine Woche! In der Sondersession des Nationalrats Anfang Mai ging es hoch her – und das im besten Sinne. Wer meint, Gleichstellungspolitik sei nur Streit, Polemik und Stillstand, durfte diesmal eines Besseren belehrt werden: Gleich zwei gewichtige Vorlagen haben die Hürde genommen – die Individualbesteuerung und die Kita-Finanzierung. Zwei Kompromisse, ja. Aber zwei richtig gute.

Die Individualbesteuerung beendet endlich den steuerlichen Nachteil für viele erwerbstätige verheiratete Frauen. Wer arbeitet, soll nicht durch eine hohe Steuerprogression bestraft werden. Und der Kompromiss der Kita-Finanzierung bringt Entlastung für Familien und bessere Bedingungen für das Betreuungspersonal. Beides sind Reformen, die nicht nur gerecht sind, sondern auch ökonomisch Sinn ergeben. Ein doppelter Gewinn für die Gesellschaft – und das dank lösungsorientierter, parteiübergreifender Zusammenarbeit, wie sie es immer noch gibt – nicht nur in Sonntagsreden.

Auch ein weiterer bedeutender Meilenstein wurde erreicht: Die Verankerung



«Diese Woche war ein Aufbruch in kleinen und grossen Schritten.»

des Prinzips der gewaltfreien Erziehung im Zivilgesetzbuch. Ein Satz mit grosser Wirkung: Kinder haben das Recht, ohne Gewalt, insbesondere ohne die Anwendung von körperlicher Bestrafung oder

anderer Formen erniedrigender Behandlung, aufzuwachsen. Meine Erfahrung aus dem Schulalltag zeigt: Gewalt trifft Kinder hart – und viel zu oft ist nicht böser Wille, sondern Überforderung der Auslöser bei den Eltern. Deshalb verpflichtet die Vorlage die Kantone auch dazu, ausreichend Beratungs- und Unterstützungsangebote vorzusehen, die für die Betroffenen in scheinbar ausweglosen Situationen neue Lösungen aufzeigen können.

Auch persönlich war es eine besondere Woche für mich: Die Versammlung der Tarifverbands Nordwestschweiz (TNW) hat mich vergangenen Freitag zu ihrer Präsidentin gewählt. Ab Januar 2026 übernehme ich das Präsidium des Verwaltungsrats des TNW und trete damit die Nachfolge von Ralph Lewin an. Das U-Abo hat dem öffentlichen Verkehr in unserer Region einen echten Booster verpasst – ein Erfolgsmodell, auf das wir stolz sein dürfen und das verpflichtet. Die Weiterentwicklung auch über die Grenzen des Verbunds hinaus muss zum Ziel haben, den öffentlichen Verkehr (öV) einfacher, klüger und cooler zu machen, gerade auch für junge

Menschen. Denn wer früh einsteigt, steigt später weniger aus und kommt so besser durchs Leben!

Und als ob das nicht schon genug «Good News» wären, hat auch der Landrat Nägel mit Köpfen gemacht: Das Oberbaselbiet bekommt einen zweiten Schnellzug, wie das eine breit abgestützte ÖV-Petition bereits 2009 gefordert hat. Endlich! Damit wird das Pendeln für viele Menschen nicht nur bequemer, sondern auch ein kleines bisschen zügiger. Die Anbindung der Oberbaselbieter Dörfer an den öV soll in den Randstunden ebenfalls gewährt sein – damit auch die Nachtschwärmer sicher nach Hause kommen.

Kurz: Diese Woche war ein Aufbruch in kleinen und grossen Schritten. Für Gleichstellung, für Kinder, für den Klimaschutz, für den Alltag der Menschen. Und für die Zuversicht, dass Politik auch anders kann: mit Herz, Verstand und einer Prise Humor.

In der «Carte blanche» äussern sich Oberbaselbieter National- und Landratsmitglieder sowie Vertreterinnen und Vertreter der Gemeindebehörden zu einem selbst gewählten Thema.